

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 46 | 18.11.2016

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

FACHTAGUNG 2016

Aktuelle Herausforderungen im Europäischen Umweltrecht

Donnerstag, 24. November 2016, Landhaus, Linz

Veranstalter: Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre in Kooperation mit dem Amt der Oö Landesregierung
Anmeldung per E-Mail an vwrecht@jku.at. Die Teilnahme ist kostenfrei möglich.

I. BUNDESGESETZBLATT

BGBI I 92/2016

Kundmachung des Bundeskanzlers über die **Aufhebung einer Wortfolge in § 156 Abs. 1 Z 1 der Strafprozeßordnung 1975** durch den Verfassungsgerichtshof

BGBI I 93/2016

Kundmachung des Bundeskanzlers über die **Aufhebung des § 9 Abs. 4 des Wachebediensteten-Hilfeleistungsgesetzes** durch den Verfassungsgerichtshof

BGBI I 94/2016

Bundesgesetz, mit dem das **Versorgungssicherungsgesetz 1992** geändert wird (befristete Verlängerung der Geltungsdauer des Versorgungssicherungsg; die Verlängerung der Geltungsdauer erfolgt in Gleichklang mit der parallelen Verlängerung des Lebensmittelbewirtschaftungsg; Vornahme von redaktionellen Anpassungen an zwischenzeitliche Änderungen in anderen Rechtsbereichen und eine Aktualisierung der Kundmachungsform von Verordnungen gemäß dem Versorgungssicherungsg; keine finanziellen Auswirkungen auf den Bund, die Länder, die Gemeinden oder auf die Sozialversicherungsträger)

BGBI I 95/2016

Bundesgesetz, mit dem das **Mineralrohstoffgesetz** geändert wird (Umsetzung der CCS-Richtlinie im Anwendungsbereich des Mineralrohstoffg; Verkürzung der Dauer der praktischen Verwendung, die Betriebsleiter und Betriebsaufseher aufweisen müssen, um in dieser Funktion vorgemerkt werden zu können, bei Tätigkeiten mit geringem Gefährdungspotential)

[BGBl I 96/2016](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Maschinen-Inverkehrbringungs- und NotifizierungsG** – MING geändert wird (Notwendigkeit der Erweiterung des Maschinen-Inverkehrbringungs- und NotifizierungsG zur Schaffung der Möglichkeit der nationalen Durchführung der VO (EU) 2016/425 über persönliche Schutzausrüstungen und der VO (EU) 2016/426 über Geräte zur Verbrennung gasförmiger Brennstoffe; Einrichtung des Bundesministers für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft als notifizierende Behörde; Festlegung von Verfahrensvorschriften für das Notifizierungsverfahren und das Beschwerdeverfahren gegen Feststellungen notifizierter Stellen für den Geltungsbereich der beiden EU-Verordnungen)

[BGBl I 97/2016](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Hochschülerinnen- und Hochschülerschaftsgesetz 2014** und das Fachhochschul-Studiengesetz geändert werden (Vereinfachung des „Briefwahlprozesses“; Festlegung der Wahlberechtigung, für die Hochschulvertretungen und die jeweiligen Studienvertretungen, für Studierende eines gemeinsam eingerichteten Studiums an zwei der beteiligten Bildungseinrichtungen; Ermöglichung von vorgezogenen Wahltagen; Aufnahme von Regelungen, die zur Anwendung kommen, wenn eine Wahl unterblieben ist; Adaption der Bestimmungen, betreffend die Zusammensetzung von Wahlkommissionen und deren Unterkommissionen; legistische Bereinigungen)

[BGBl II 310/2016](#)

Verordnung des Bundesministers für Finanzen zur achten Änderung der **FinanzOnline-Erklärungsverordnung**

[BGBl II 320/2016](#)

Verordnung des Bundesministers für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft über Vermessungsgebühren (**Vermessungsgebührenverordnung 2016** – VermGebV 2016)

[BGBl III 207/2016](#)

Rahmenabkommen über **umfassende Partnerschaft** und Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der **Sozialistischen Republik Vietnam** andererseits

II. AMTSBLATT DER EU

[ABI L 306 v 15.11.2016, 13](#)

Durchführungsbeschlusses (EU) 2016/1989 des Rates vom 11. November 2016 mit einer Empfehlung zur Verlängerung **zeitlich befristeter Kontrollen** an den **Binnengrenzen** unter **außergewöhnlichen Umständen**, die das Funktionieren des **Schengen-Raums** insgesamt gefährden

[ABI L 306 v 15.11.2016, 16](#)

Beschluss (GASP) 2016/1990 des Rates vom 14. November 2016 zur Änderung der **Gemeinsamen Aktion 2008/124/GASP** über die **Rechtsstaatlichkeitsmission** der Europäischen Union im **Kosovo** (Diese Bezeichnung berührt nicht die Standpunkte zum Status und steht im Einklang mit der Resolution 1244 (1999) des VN-Sicherheitsrates und dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofs zur Unabhängigkeitserklärung des Kosovo.) (**EULEX KOSOVO**)

[ABI L 306 v 15.11.2016, 19](#)

Beschluss (EU) 2016/1991 der Kommission vom 4. Juli 2016 über die **Maßnahmen SA 41614 — 2015/C** (ex SA 33584 — 2013/C (ex 2011/NN)) der Niederlande in Bezug auf den **Profifußballverein FC Den Bosch in 's-Hertogenbosch** (Bekannt gegeben unter Aktenzeichen C(2016) 4089)

[ABI L 310 v 17.11.2016,24](#)

Beschluss (EU) 2016/2007 der Kommission vom 1. Februar 2016 über die von **Ungarn** geplante und teilweise durchgeführte **staatliche Beihilfe SA 36754 — 2014/C** (ex 2014/NN und 2013/N) zugunsten der **AUDI HUNGARIA MOTOR Ltd** (Bekannt gegeben unter Aktenzeichen C(2016) 405)

[ABI L 310 v 17.11.2016, 81](#)

Durchführungsbeschluss (EU) 2016/2012 der Kommission vom 16. November 2016 betreffend bestimmte Maßnahmen zum **Schutz** vor der **hoch pathogenen Aviären Influenza** des **Subtyps H5N8** in **Österreich** (Bekannt gegeben unter Aktenzeichen C(2016) 7512)

[ABI L 311 v 17.11.2016, 1](#)

Verordnung (EU) 2016/1952 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Oktober 2016 über **europäische Erdgas- und Strompreisstatistik** und zur Aufhebung der Richtlinie 2008/92/EG

[ABI L 311 v 17.11.2016, 13](#)

Verordnung (EU) 2016/1953 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Oktober 2016 über die Einführung eines **europäischen Reisedokuments** für die Rückkehr **illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger** und zur Aufhebung der Empfehlung des Rates vom 30. November 1994

[ABI L 311 v 17.11.2016, 20](#)

Verordnung (EU) 2016/1954 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Oktober 2016 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr 1365/2006 über die **Statistik des Güterverkehrs auf Binnenwasserstraßen** hinsichtlich der Übertragung von delegierten Befugnissen und Durchführungsbefugnissen auf die Kommission zum Erlass bestimmter Maßnahmen

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

05.10.2016, [G 435/2015](#)

Allgemeines SozialversicherungsG; Abweisung eines Parteienantrags auf Aufhebung einer Bestimmung des Allgemeinen SozialversicherungsG über einzuhebende **Kostenbeiträge** der Versicherten für im Gesamtvertrag nicht enthaltene, in **Zahnambulatorien** erbrachte Leistungen, zB Zahnbehandlung in Vollnarkose; Aufnahme der Leistung in die Satzung allein zur Vermeidung der Kostenbeitragspflicht nicht ausreichend; Zurückweisung des Antrags hinsichtlich von Bestimmungen der Satzung 2011 der Nö Gebietskrankenkasse mangels Darlegung von Bedenken im Einzelnen sowie des Antrags betr eine Regelung des Allgemeinen SozialversicherungsG über den Unterstützungsfonds mangels Präjudizialität

10.10.2016, [V 12/2016](#)

Elektrizitätswirtschafts- und –organisationsG; **Systemnutzungsentgelte-VO**; Aufhebung einer weiteren Bestimmung der Systemnutzungsentgelte-VO betreffend das **Systemdienstleistungsentgelt** für den **Bereich Tirol** infolge Einbeziehung der Kosten der Ausfallsreserve in die Bemessungsgrundlage unter Hinweis auf ein Vorerkenntnis

10.10.2016, [G 662/2015 ua](#)

StrafprozessO; Gleichheitswidrigkeit von Bestimmungen der StPO wegen unterschiedlicher Ausgestaltung des **Aussagebefreiungsrechts** für ehemalige Ehepartner bzw eingetragene Partner und ehemalige Lebensgefährten; kein Überwiegen des **öffentlichen Interesses** an einer möglichst zügigen Wahrheitsforschung gegenüber den berechtigten Interessen der sich häufig in einer **emotionalen Zwangslage** befindlichen Zeugen

11.10.2016, [E 1095/2016](#)

Allgemeines SozialversicherungsG; keine Bedenken gegen die Regelung des Allgemeinen SozialversicherungsG über die Berechnung des Überweisungsbetrags anlässlich des **Übertritts** in ein **pensionsversicherungsfreies Dienstverhältnis**; pauschalierende Heranziehung unterschiedlicher Bemessungsgrundlagen für Männer und Frauen angesichts der durchschnittlichen faktischen Verhältnisse im Hinblick auf Unterschiede im Durchschnittseinkommen unselbständig erwerbstätiger Männer und Frauen nicht unsachlich; keine Diskriminierung auf Grund des Geschlechts; keine Verletzung des bf Landes in einem verfassungsgesetzlich gewährleisteten Recht; kein Eigentumseingriff

12.10.2016, [G 431/2015](#)

Väter-KarenzG; Abweisung eines Parteiantrags auf Aufhebung von Bestimmungen des Väter-KarenzG betreffend einen **besonderen Entlassungsschutz** bei Inanspruchnahme einer **Teilzeitbeschäftigung**; Erfordernis der gerichtlichen Zustimmung zur Entlassung sachlich gerechtfertigt im Hinblick auf das Ziel des Schutzes des Bestands des Beschäftigungsverhältnisses; keine Gleichheitswidrigkeit und kein Verstoß gegen das Recht auf Freiheit der Erwerbsbetätigung

12.10.2016, [G 478/2015 ua](#)

PensionsO OeNB; **StabilitätsG**; die **Kürzungen von Pensionsansprüchen** stehen im **Einklang mit dem Vertrauensschutz**, wenn die vorgesehenen einfachgesetzlichen Eingriffe entweder nicht intensiv sind oder schwerwiegende Eingriffe durch die Einführung von Übergangsbestimmungen für die Betroffenen angemessen gemildert werden; da das Bezügebegrenzungs-BVG lediglich zu Eingriffen in die Pensionsanswartschaften ermächtigt, ist die Verletzung von Grundrechten in diesem Zusammenhang anhand der einfachgesetzlichen Bestimmungen zu messen

12.10.2016, [G 673/2015](#)

RichtwertG; **MietrechtsG**; der Ausschluss eines **Lagezuschlags** in **Gründerzeitvierteln** liegt im öffentlichen Interesse, da es dem sozialpolitischen Ziel dient, das Wohnen in zentrumsnaher städtischer Lage zu angemessenen Preise zu ermöglichen; die Verminderung des **höchstzulässigen Hauptmietzinses** im Falle eines befristeten Mietvertrages um 25 % stellt einen Interessensausgleich zwischen Mieter und Vermieter dar und überschreitet nicht den rechtspolitischen Spielraum des Gesetzgebers

14.10.2016, [V 11/2016](#)

Vbg CampingplatzG; Gesetzwidrigkeit des in einer VO der Marktgemeinde Nenzing normierten Verbots des **Campierens auf privaten Grundstücken** außerhalb von Campingplätzen mangels Erkennbarkeit bzw Nachvollziehbarkeit des Vorliegens der gesetzlichen Voraussetzungen für eine Verordnungserlassung

14.10.2016, [E 552/2016 ua](#)

Vbg Landes-SicherheitsG; **Dornbirner Bettelverbots-VO**; keine Bedenken gegen die Dornbirner Bettelverbots-VO betreffend ein **Verbot des stillen Bettelns während** der Abhaltung von **bestimmten Märkten**; kein Verstoß gegen die – verfassungsrechtlich unbedenkliche – landesgesetzliche Ermächtigung zur Erlassung eines solchen Bettelverbots wegen Vorliegens eines die Benützung eines öffentlichen Orts durch andere Personen erschwerenden, spezifischen Missstands

15.10.2016, [E 1354/2015](#)

Ktn JagdG; Anlassfall zu VfGH 15.10.2016, [G 7/2016](#)

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

29.09.2016, [Ro 2014/05/0091](#)

NÖ BauO; Erteilung der **Baubewilligung** für die Errichtung einer Garage und einer Abstellplatzüberdachung; div **Nachbareinwendungen**; eine Verletzung der Nachbarrechte nach § 6 Abs 2 Z 3 NÖ BauO kommt nur in Frage, wenn der Lichteinfall auf Hauptfenster des Nachbarn beeinträchtigt wäre; derartiges macht die Rw aber nicht geltend; mit den Vorbringen betreffend die Beurteilung der Abstellplatzüberdachung als Carport und betreffend die planliche Darstellung der östlichen und südlichen Mauer der Motorradgarage sowie dass beide Mauern im ggst Bauwerk fehlten beziehungsweise deren Errichtung nicht vom Bauansuchen umfasst sei wird keine Verletzung subjektiv-öffentlicher Nachbarrechte geltend gemacht

29.09.2016, [Ro 2014/05/0094](#)

NÖ BauO; Erteilung der **Baubewilligung** für die Errichtung von Einfriedungsmauern; div **Nachbareinwendungen**; § 6 Abs 2 Z 1 NÖ BauO gewährt nur ein Nachbarrecht in Bezug auf die Standsicherheit der rechtmäßig bestehenden Bauwerke des Nachbarn; dass diese gefährdet würde, wird von der Rw nicht dargelegt; keine Verletzung des Lichteinfalls auf Bauwerke der Rw iSd § 6 Abs 2 Z 3 NÖ BauO

18.10.2016, [Ro 2015/03/0029](#)

LuftfahrtsicherheitsG; Verweigerung des **Zutritts zum Gelände eines Flughafens**; aus der VO (EG) 300/2008 und der VO (EU) 185/2010 sowie dem LuftfahrtsicherheitsG ergibt sich eine umfassende behördliche **Zuständigkeit für die Sicherheit auf Flughäfen**; die aus den §§ 3 und 13 LuftfahrtsicherheitsG hervorgehenden behördlichen Akte sind idS auszulegen, dass alle mit der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit in Zusammenhang stehenden Handlungen als **staatlich-hoheitliche Akte** zu sehen sind; es bestehen zwar keine grundsätzlichen Bedenken, wenn die LPD Tir für die Zeiten von Flugbewegungen israelischer Fluglinien erhöhte Sicherheitsmaßnahmen am Flughafen sowie in dessen Nahbereich anordnet, allerdings sind diese Maßnahmen nach entsprechender Rechtsgrundlage anzuordnen, um einer nachprüfenden Kontrolle zugänglich zu sein

24.10.2016, [Ra 2016/02/0133](#)

StraßenverkehrsO; Verhängung einer Verwaltungsstrafe aufgrund des **Lenkens eines Fahrzeugs in einem durch Suchtgift beeinträchtigten Zustand**; für die Annahme des Tatbilds des § 5 Abs 1 StraßenverkehrsO genügt es, dass die Fahruntüchtigkeit nicht allein auf die Beeinträchtigung durch Suchtgift, sondern noch auf weitere Ursachen (zB Ermüdung, Krankheit, Medikamenteneinnahme) zurückzuführen ist; die Strafbarkeit ist also auch dann gegeben, wenn die konsumierte Suchtgiftmenge für sich alleine noch keine Fahruntüchtigkeit bewirkt hätte

24.10.2016, [Ra 2016/02/0159](#)

FinanzmarktaufsichtsbehördenG; Abweisung eines auf das AuskunftspflichtG gestützten „**Auskunftersuchens**“ an die **FMA**; Aufhebung des abweisenden Bescheids mittels Einzelrichter-Beschluss des BVwG und Zurückverweisung der Angelegenheit zur Erlassung eines neuen Bescheids an die FMA; das BVwG hat nach dem klaren Wortlaut des § 22 Abs 2a erster Satz FinanzmarktaufsichtsbehördenG über Beschwerden gegen Bescheide der FMA grundsätzlich durch Senat zu entscheiden; ausgenommen davon sind lediglich Verfahren in Verwaltungsstrafsachen bei Bescheiden, in denen weder eine primäre Freiheitsstrafe noch eine 600 Euro übersteigende Geldstrafe verhängt wurde; in diesen Verfahren ist durch Einzelrichter zu entscheiden

25.10.2016, [Ra 2014/07/0081](#)

AbfallwirtschaftsG; **AltlastensanierungsG**; bescheidmäßige Feststellung, dass als Oberflächenschüttung auf einem Grundstück aufgebrauchte Materialien Abfälle sind und der Altlastenbeitragspflicht unterliegen; im Fall des Abbruchs eines Gebäudes bildete der Abriss zusammen mit der Erfüllung der Auflagen im Abbruchbescheid das **Tatbestandselement der „übergeordneten Baumaßnahme“** gem § 3 Abs 1 Z 2 ALSAG idF vor der Nov BGBl I 71/2003; diese Rsp ist auf § 3 Abs 1a Z 6 idF der Nov BGBl I 71/2003 übertragbar; mineralische Baurestmassen sind nur in dem Ausmaß von der **Ausnahme der Beitragspflicht** erfasst sind, das durch die Baumaßnahme gerechtfertigt ist

27.10.2016, [Ra 2016/08/0134](#)

VwGVG; es gehört gerade im Fall widersprechender prozessrelevanter Behauptungen zu den grundlegenden Pflichten des VwG, dem im § 24 VwGVG verankerten Unmittelbarkeitsprinzip Rechnung zu tragen und sich als Gericht im Rahmen einer (bei Geltendmachung von civil rights in der Regel auch von Amts wegen durchzuführenden) **mündlichen Verhandlung** einen persönlichen Eindruck von der Glaubwürdigkeit von Zeugen bzw Parteien zu verschaffen und insb darauf seine Beweiswürdigung zu gründen; die Unterlassung der Durchführung einer mündlichen Verhandlung beruht ggst auf einer Verkennung der Vorgaben des § 24 VwGVG

C. VERWALTUNGSGERICHTE

BVwG 10.11.2016, [W127 2007978-1](#)

UmweltinformationsG; Antrag auf **Zugang zu Informationen in von der Europäischen Kommission** gegen die Republik Österreich **eingeleiteten Vertragsverletzungsverfahren** gem § 2 Z 3 und § 6 Abs 2 Z 7 iVm § 8 Abs 1 des UmweltinformationsG; Dokumente, welche ein Vertragsverletzungsverfahren einleiten, sowie die Stellungnahme des betroffenen Mitgliedstaats gelten jedenfalls als Umweltinformationen; geht einem Mitgliedstaat ein Antrag auf ein in seinem Besitz befindlichen Dokument zu, das von einem Unionsorgan stammt, hat der Mitgliedstaat nach der TransparenzVO das betreffende Organ zu konsultieren, es sei denn, es ist klar, dass das Dokument verbreitet werden muss bzw nicht verbreitet werden darf; da die belangte Behörde weder die Europäische Kommission konsultiert noch das verfahrensgegenständliche Begehren an diese weitergeleitet hat, erweist sich der angefochtene Bescheid als rechtswidrig

LVwG Tir 10.10.2016, [LVwG-2016/39/1076-9](#)

Tir BauO; Ablehnung eines Antrags auf **Umbau eines Kellerraums** in einen Aufenthaltsraum wegen **fehlenden Lichteinfalls**; ein ursprünglich unbewohnter Raum ohne Vorhaben auf längeren Aufenthalt unterliegt bei der nachträglichen Umgestaltung in einen Aufenthaltsraum (nachträgliche Verwendungszweckänderung) den Erfordernissen des § 19 Tir BauO und muss den dort vorgeschriebenen Lichteinfall gewähren

LVwG Wien 12.10.2016, [VGW-002/059/12555/2016](#); [VGW-002/V/059/12556/2016](#)

LVwG Wien 17.10.2016, [VGW-002/059/12535/2016](#); [VGW-002/V/059/12536/2016](#)

Wr WettenG; da die **Strafdrohung des Verfalls** in den nunmehr geltenden Verwaltungsvorschriften nicht mehr und – abgesehen davon – der selbständige Verfall nach § 24 Abs 2 Wr WettenG **nicht verpflichtend vorgesehen** ist, hat das VwG zum Zeitpunkt seiner Entscheidung gem § 1 Abs 2 VStG die insofern günstigeren Strafnormen des Wr WettenG anzuwenden

LVwG Wien 18.10.2016, [VGW-111/084/10583/2016 ua](#)

Wr BauO; entscheidend dafür, ob **subjektiv-öffentliche Nachbarrechte** hinsichtlich der Einhaltung der Gebäudehöhe verletzt sind, ist die Relation zwischen Gebäudehöhe und Abstand; eine **Überschreitung der Gebäudehöhe** ist jedoch dann irrelevant, wenn nach der Situierung des bewilligten Bauvorhabens schon der Lage nach in subjektive Rechte des Nachbarn nicht eingegriffen werden kann; durch die aus den Einreichplänen festgestellte Entfernung des projektierten Gebäudes und der bekämpften Gaupen von der für die Reihenhäuser der Bf maßgeblichen Baufluchtlinie, kann ggst eine Beeinträchtigung der Bf durch das projektierte Gebäude ausgeschlossen werden; kein Eingriff in subjektive Rechte der Bf

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[15.11.2016, Rs C-258/15, Salaberria Sorondo](#)

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf – Richtlinie 2000/78/EG – Art 2 Abs 2 und Art 4 Abs 1 – **Diskriminierung wegen des Alters** – Beschränkung bei der Einstellung von Beamten der Polizei der Autonomen Gemeinschaft des Baskenlands auf Bewerber, die das 35. Lebensjahr noch nicht vollendet haben – Begriff der ‚**wesentlichen und entscheidenden beruflichen Anforderung**‘ – Verfolgtes Ziel – **Verhältnismäßigkeit**

[15.11.2016, Rs C-268/15, Ullens de Schooten](#)

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – **Grundfreiheiten** – Art 49, 56 und 63 AEUV – Sachverhalt, dessen Merkmale sämtlich nicht über die Grenzen eines Mitgliedstaats hinausweisen – **Außervertragliche Haftung eines Mitgliedstaats für Schäden, die Einzelnen** durch Unionsrechtsverstöße entstehen, die dem nationalen Gesetzgeber und den nationalen Gerichten zurechenbar sind

[16.11.2016, Rs C-2/15, DHL Express \(Austria\)](#)

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – Richtlinie 97/67/EG – Art 9 – Postdienste in der Europäischen Union – Verpflichtung, einen Beitrag zu den **betrieblichen Aufwendungen der Regulierungsbehörde des Postsektors** zu leisten – Umfang

[16.11.2016, Rs C-316/15, Hemming](#)

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – **Freier Dienstleistungsverkehr** – Richtlinie 2006/123/EG – Art 13 Abs 2 – Genehmigungsverfahren – Begriff der mit dem Antrag entstehenden Kosten

[16.11.2016, Rs C-417/15, Schmidt](#)

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – **Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts** – Verordnung (EU) Nr 1215/2012 – **Gerichtliche Zuständigkeit**, Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen – Anwendungsbereich – Art 24 Nr 1 Unterabs 1 – Ausschließliche Zuständigkeiten für Verfahren, die dingliche Rechte an unbewegli-

chen Sachen zum Gegenstand haben – Art 7 Nr 1 Buchst a – Besondere Zuständigkeiten, wenn ein Vertrag oder Ansprüche aus einem Vertrag den Gegenstand des Verfahrens bilden – Klage auf Aufhebung eines **Schenkungsvertrags** über ein Grundstück und auf **Löschung der Eintragung** eines **Eigentumsrechts** aus dem **Grundbuch**

17.11.2016, Rs C-216/15, Betriebsrat der Ruhrlandklinik

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – Richtlinie 2008/104/EG – **Leiharbeit** – Anwendungsbereich – Begriff ‚**Arbeitnehmer**‘ – Begriff ‚**wirtschaftliche Tätigkeit**‘ – **Pflegepersonal ohne Arbeitsvertrag**, das von einem **Verein**, der keinen Erwerbszweck verfolgt, einer Gesundheitspflegeeinrichtung überlassen wird

17.11.2016, Rs C-348/15, Stadt Wiener Neustadt

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – **Umweltverträglichkeitsprüfung** bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten – Richtlinie 85/337/EWG – Richtlinie 2011/92/EU – Geltungsbereich – Begriff ‚**besonderer einzelstaatlicher Gesetzgebungsakt**‘ – Unterbleiben einer Umweltverträglichkeitsprüfung – Bestandskräftige Genehmigung – Nachträgliche gesetzliche Heilung des Unterbleibens einer Umweltverträglichkeitsprüfung – **Grundsatz der Zusammenarbeit** – Art 4 EUV

B. SCHLUSSANTRÄGE

Keine Schlussanträge im Berichtszeitraum.

C. GERICHT

Keine relevanten Urteile im Berichtszeitraum.

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

15.11.2016, Beschwerde Nr. 24130/11 ua, *A. und B. / Norwegen*

Keine Verletzung von Art 4 7. ZP EMRK (Doppelbestrafungsverbot); **Bestrafung** der Bf wegen **Steuerhinterziehung** sowohl **verwaltungs- als auch strafrechtlich** verletzt nicht das Doppelbestrafungsverbot; hinreichender inhaltlicher wie auch zeitlicher Kontext der beiden Strafverfahren; einheitliches Sanktionsregime

15.11.2016, Beschwerde Nr. 28859/11 ua, *Dubská und Krejzová / Tschechien*

Keine Verletzung von Art 8 EMRK (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); Gesetz, das **Hausgeburten mithilfe einer Hebamme** praktisch unmöglich macht, nicht konventionswidrig; **weiter Gestaltungsspielraum** der Staaten bezüglich Regelungen von Hausgeburten

17.11.2016, Beschwerde Nr. 59001/08, *Karapetyan ua / Armenien*

Keine Verletzung von Art 10 EMRK (Recht auf freie Meinungsäußerung); **Entlassung** der vier Bf hochrangigen **Beamten** aufgrund **regierungskritischer Äußerungen** verletzt nicht deren Recht auf freie Meinungsäußerung; Einschränkungen des Konventionsrechts möglich, um politisch neutralen Beamtenapparat zu gewährleisten

17.11.2016, Beschwerde Nr. 60125/11, *V. M. ua / Belgien*

Art 37 EMRK (Streichung der Beschwerde); Bf machten eine Verletzung von Art 3 EMRK im Fall der Abschiebung nach Serbien bzw Frankreich im Rahmen der Dublin II-VO geltend; **Streichung der Beschwerde** aus der Liste, da Bf mangels Aufrechterhaltung des Kontakts zu ihrem Rechtsanwalt die **Weiterverfolgung der Beschwerde nicht beabsichtigen**

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Hofrat Dr. Alfred Grof (Landesverwaltungsgericht Oberösterreich); Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder, Univ.-Ass. Mag. Claudia Höbarth, Univ.-Ass. Mag. Vaheen Said, Univ.-Ass. MMag. Ranjana Achleitner, Univ.-Ass. Mag. Beate Sündhofer, Univ.-Ass. Mag. Sebastian Mauernböck, Wiss.-Mit. Mag. Sarah Heiml, Wiss.-Mit. Benedikt Berger.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.